

Europäische Zerrbilder

Über die verschobene öffentliche Wahrnehmung der EU und die nicht existierende europäische Verantwortung nationaler Politiker

Der Philosoph Peter Sloterdijk hat 1994 einen Essay mit dem Titel „*Falls Europa erwacht*“ verfasst. „*Falls Europa erwacht*“, so Sloterdijk, werde es – frei nach Nietzsche – dem „*Zwang zur großen Politik*“ nachgeben, den das kommende Jahrhundert einfordere. Aus der Überwindung nationaler Egoismen und posttraumatischer Lähmungen durch die Weltkriege könne Europa nun zu neuem Selbstbewusstsein finden, zum Mut, die eigenen Stärken und Errungenschaften in ein globales Verantwortungsbewusstsein zu übersetzen. Europa würde sich in öffentlicher Debatte eine Vision erarbeiten, von der es getragen und angetrieben werden solle.

11 Jahre nach dem Erscheinen dieses Essays ist Europa von einer Gemeinschaft der Völker weit entfernt. Die seit Jahren immer wieder eingeforderte öffentliche Debatte über die Zukunft Europas steht erst am Anfang. Statt von einer Idee angetrieben zu werden, driftet die Union ziellos dahin. Die Völker haben das Vertrauen verloren, heißt es in Analysen, das Vorpreschen der politischen Eliten habe das Volk überfordert, ebenso wie die Öffnung der Grenzen, die Währungsunion, die Erweiterung.

Die direkte Folge der Verunsicherung sei die Ablehnung der EU-Verfassung in Referenden in Frankreich und den Niederlanden. Auch Auswege werden gesucht und gefunden: Stopp Verfassung, Stopp Erweiterung, Stopp Türkei, Stopp politische Integration. So gut diagnostiziert ist die Malaise, dass sie schon kuriert werden kann?

Verschwommene Begriffe

Mitnichten. Nicht einmal die wichtigsten Begriffe der europäischen Diskussion sind hinreichend geklärt. Knapp 50 Jahre nach Gründung der Union in den Römischen Verträgen diskutieren historische, philosophische und politische Zirkel noch immer ergebnislos über eine europäische Identität. Parameter wie Geographie, Kultur, Religion, Demokratie, Pluralität und Völkergemeinschaft werden da miteinander verschmolzen. Diese Legierungs-Versuche mündeten allerdings bisher stets in der Erkenntnis, dass eine Definition von Identität nur durch Fälschung und historische Unschärfen zu erkaufen ist. Der Münchener Historiker Christian Meier¹ schreibt in diesem Zusammenhang von einem Europäischen Sonderweg, der kaum erforscht und kaum begriffen ist. „*Nie wieder Krieg*“, „*Nie wieder Nazismus*“, „*Nie wieder Gulag*“, so Meier, das allein reiche

nicht zur Unverwechselbarkeit und Eingrenzung einer Identität. So steht am Ende der Versuche über das europäische Wir meist eine Leerformel: Die „*Einheit in der Vielfalt*“.

Während der Diskurs also schon vor der Frage „*Was ist Europa?*“ kapituliert, wird auf nächster Ebene schon geforscht, wie weit Europa reichen dürfe. Auch diese Finalitäts-Diskussion passiert ohne Aussicht auf eine befriedigende Antwort. Das Dehnungspotenzial einer europäischen Matrix, deren Substanz wir nicht kennen, muss unbestimmt bleiben. Tatsächlich hat die Auseinandersetzung zum Thema bisher nicht mehr ergeben als eine Vielzahl nebeneinander laufender Gedankenexperimente ohne Aussicht auf Bündelung zu konkreten Ergebnissen.

Diese Beliebigkeit findet ihre nahtlose Fortsetzung in der Diskussion darüber, welches Europa in der aktuellen Krise eigentlich gebremst oder gestoppt werden soll. Ist es das Projekt der politisch integrierten Völkergemeinschaft oder das Modell eines Kerneuropas samt Satellitenstaaten? Oder ist es die schon bestehende unverbindliche Freihandelszone?

Ohne diese Frage beantworten zu können stehen wir vor einem *realen* Europa, das uns jeden Tag über Medien serviert wird: Ein Europa mit Gesetzen und Regulativen, die uns ärgern; eine Völkergemeinschaft ohne Zielvorstellung, unkontrollierbar und dunkel in ihren Entscheidungen; ein Europa, das die sozialen Netze durchlöchert, die Demokratisierung verweigert, ein Heer von 32 Millionen Arbeitslosen schafft, von Migranten überflutet wird und dem Terror ebenso hilflos gegenübersteht wie der Vogelgrippe.

Wird dieses mediale Europa aber an der Wirklichkeit gemessen, gerät es selbst schnell zur reinen Fiktion: Denn die EU hat gar nicht die Kompetenz soziale Netze aufzulösen. Sie schafft auch weder Arbeitsplätze noch Arbeitslose. Sie hat keine Durchgriffsrechte im Zusammenhang mit illegaler Migration oder mit der Terrorbekämpfung, um nur einige Beispiele zu nennen. Der Adressat hieße in all diesen Zusammenhängen nicht Europäische Union und nicht Brüssel, sondern die Regierungen in den 25 Hauptstädten.

Eifrig auf den Erhalt ihrer Pfründe bedacht, haben nämlich die Regierungschefs, Präsidenten und Minister der Mitgliedstaaten die entsprechenden Kompetenzen nicht nach Brüssel delegiert. Ein jeder werkt da auf eigene Verantwortung und je nach politischem Dogma im nationalen Labor vor sich hin, ohne wirkliches Rezept, ganz zu schweigen von Visionen. Im Rahmen der

¹ Christian Meier: „Das Problem einer europäischen Identität“ in Europäische Rundschau 3/2000



Europäische Zerrbilder

Über die verschobene öffentliche Wahrnehmung der EU und die nicht existierende europäische Verantwortung nationaler Politiker

Gemeinschaft versucht man, mehr schlecht als recht, einander widerstrebende nationale Auffassungen zu koordinieren.

Der viel kritisierte Prozess von Lissabon, in dem auch die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung technischer und wissenschaftlicher Kompetenz Europas verankert ist, findet allein deshalb nicht statt, weil sich die Regierungen keinen Deut darum scheren, wozu sie sich am Verhandlungstisch eigentlich verpflichtet haben.

So krankt also die Europäische Entwicklung zu einem guten Teil nicht an den gemeinsamen als vielmehr an den nationalen Strukturen. Doch solche Botschaft kommt bei den Konsumenten nicht an und vieles deutet darauf hin, dass die Produzenten und Handlanger dieser Camouflage in den Regierungskanzleien der Hauptstädte und in diversen Redaktionsstuben sitzen.

Fehlende Analysen

Gibt es nun aber Aussichten, dass Europa seine Grundbegriffe und seine Identität klären, seine Visionen bestimmen und die Fiktionen abbauen kann? Erste Ansätze lassen sich im Programm der österreichischen Präsidentschaft erkennen. Denn im Gegensatz zur öffentlichen Darstellung handelt es sich um ein sehr ehrgeiziges, ernsthaftes Programm.

Die österreichische EU-Präsidentschaft hat sich dem Ziel verschrieben, die Zusammenarbeit der Institutionen zu durchleuchten, die Verfassungsdiskussion wieder zu beleben und den Menschen Europa näher zu bringen. Seit 1998 beißen sich an genau diesen Fragen alle Präsidentschaften die Zähne aus. Gehen die Pläne von Bundeskanzler und Außenministerin auf, hätte Europa viel erreicht. Dazu ist es allerdings nötig, nicht nur Visionen von europäischer Dimension von den EU-Partnern einzufordern und abzufragen, nicht nur die Institutionen zu prüfen, sondern auch existierende Arbeitsprozesse zu analysieren. Damit ist vor allem die **Vermittlung von EU-Inhalten** gemeint – es braucht eine **tiefgreifende Analyse des Zusammenwirkens von Politik, Zivilgesellschaft und Medien** und in weiterer Folge der **Kommunikation europäischer Inhalte an die Bürger**. Ein solcher Prozess erfordert allerdings von allen Beteiligten ein hohes Maß an Selbstkritik.

Europäisches Voodoo

Seit Monaten und Jahren hagelt es pauschale Vorwürfe gegen die EU und die gemeinsamen Institutionen. Schuld an allen Missständen ist einmal die Kommission, dann der Europäische Gerichtshof, wieder ein andermal das EU-Parlament oder ganz generell: Brüssel. Die EU von heute gleicht einer medialen Voodoo-Puppe, die ein jeder nach Belieben mit Nadeln spicken kann.

Ausgerechnet jene aber, die sich bei diesem Ritual besonders hervortun, nämlich Politiker, Journalisten und NGOs, beklagen gleichzeitig den gesamteuropäischen Sittenverfall. So gesehen, geht nicht Europa zu Grunde, sondern nur die politische Kultur und das journalistische Niveau.

Das Trauerspiel um die Europäische Verfassung ist das beste Beispiel für das Zusammenspiel dieser negativen Kräfte. Europa wurde zunächst als kranker, an Korruption lahrender Wirtschaftskoloss dargestellt, der Arbeitsplätze vernichtet und politisch zu schwach ist, sich der Globalisierung zu stellen. Breiter Raum wurde jenen eingeräumt, die die populistischsten (und auch dümmsten) Argumente gegen das Grundgesetz vorbrachten. Parteien, wie die französischen Sozialisten trugen gar alte interne Rechnungen auf dem Rücken der Verfassung aus.

Nach dem Scheitern des Projekts in Referenden reagierten die politischen Eliten Europas verschreckt mit einer „Nachdenkpause“, wobei, wie Jean-Claude Juncker es ausdrückte, viel Pause und wenig Nachdenken zu erkennen war und ist. Das Notwendige – der Wille zur politischen Dynamik – scheitert am politischen Opportunismus. Die europäische Politik ist verstummt aus Angst vor den eigenen Ideen und scheut vor einer Öffentlichkeit zurück, die sich als nicht lenkbar erwiesen hat.

Antieuropäische Attacken

Hieße das Schweigen der Politik übrigens Enthaltung von antieuropäischen Botschaften, die EU könnte sich glücklich schätzen. Doch statt dessen reitet ein jeder Staatsfürst unbeirrt weiter seine nationalen Steckenpferde gegen Brüssel oder noch schlimmer, er/sie wird von der veröffentlichten Meinung geritten. Leider war das auch am Beginn der österreichischen Präsidentschaft zu konstatieren.

Anstatt wie angekündigt als ehrlicher Makler Europas aufzutreten, hatte Ratspräsident Wolfgang Schüssel nichts Eiligeres zu tun, als eine Frontalattacke gegen den Europäischen Gerichtshof zu reiten.

Die Gründe dafür mögen auf der Hand liegen: Mit der Kronen Zeitung im Nacken und Nationalratswahlen vor der Tür hat man als europafreundlicher Bundeskanzler wenig Bewegungsfreiheit. Doch das entschuldigt nichts – auch nicht, dass Politiker, die es besser wissen müssten, lieber in Deckung gehen, wenn es darum geht, Europa zu verkaufen.

So geschehen bei der Vorbereitung der österreichischen Bürger auf die EU-Verfassung. In jedem innenpolitischen Fall ähnlicher Tragweite hätte es Plakatserien, Werbespots und Info-Kampagnen zu Hauf gegeben. Aber auf dieser Wichtigkeitsstufe ist Europa in Österreich offenbar nicht, auch das ein glatter Fall von Realitätsver-

Europäische Zerrbilder

Über die verschobene öffentliche Wahrnehmung der EU und die nicht existierende europäische Verantwortung nationaler Politiker

weigerung, bedenkt man, dass über 60 Prozent der in Österreich geltenden Gesetze in Brüssel beschlossen werden.

So versteckte man die Verfassung, als wäre das europäische Grundgesetz etwas, für das man sich zu schämen hätte. Erst am Tag der entscheidenden Parlamentsabstimmung flatterte eine Kurzfassung des Vertragswerkes in die Postkästen.



Anstatt in die Schulen zu gehen und Informationskampagnen und Seminare zu organisieren für die aktuellen und künftigen Kommunikatoren und Entscheidungsträger dieser Republik, würdigte man das Vertragswerk zur Gratis-Postwurfsendung herab, auf dass der Bürger zwischen Schweinsbraten, Bier und Fußballmatch darin schmökere und sich seinen Reim darauf mache.

Der Plan ging nicht auf – das zarte konstitutionelle Pflänzchen wurde binnen Tagen unter dem Trommelfeuer von Globalisierungskritikern und vor allem der Kronen Zeitung niedergemäht – die Zustimmung rasselte innerhalb von zwei Wochen von 65 auf unter 40 Prozent – heute liegt sie vermutlich schon unter der Wahrnehmungsgrenze.

Wer ist Europa?

„Wir sind Europa“, wollte uns die Bundesregierung 1994/95 anlässlich des EU-Beitritts glauben machen. Dass dem nicht so ist, zeigt die jüngste Eurobarometer-Umfrage: nur noch 32 Prozent der Österreicher sagen ja zur EU – das ist der letzte Platz im gesamteuropäischen Vergleich.

Wenn wir aber nicht Europa sind – so stellt sich doch die Frage, wer nun denn Europa ist und warum gerade in Österreich so viele Skeptiker unterwegs sind? Dass die Österreicher grundsätzlich ein kritisches Volk seien, wie der Bundeskanzler augenzwinkernd meinte, lässt sich weder aktuell und schon gar nicht zeitgeschichtlich belegen.

Die Meinungskrisis hat wohl eher mit dem Bild zu tun, das hierzulande tagtäglich jene von Europa malen, die in der öffentlichen Darstellung Europa verkörpern und abbilden sollten: Politiker und Journalisten – und zwar unsere Politiker und unsere Journalisten. Sie sind es, die in Brüssel zum einen die Entscheidungen treffen, und sie

sind es, die diese Entscheidungen vermitteln, Realität abbilden oder dieselbe zurechtbiegen für jene, die zu Hause geblieben sind.

Boxring Europa

In der medialen Darstellung europäischer Abläufe ist allerdings keine Rede von *gemeinsamen* europäischen Entscheidungen oder irgendeiner Form des europäischen Miteinanders. Da wird Brüssel zum Boxring der Nationen degradiert, in dem der heimische Minister, Kanzler, Präsident am Ende die Fäuste oben haben soll. Und verliert der- oder diejenige im angeblich harten Gefecht und kommt die Story auch noch kleinformig daher, dann verliert nicht nur der Minister, sondern gleich ganz Österreich. Um die Schuldfrage zu klären, kramt der betreffende Politiker dann in seiner Trickkiste und holt die allseits beliebte EU-Voodoo-Puppe hervor – gestochen wird sie dann vorzugsweise vor laufenden Kameras und strammen Mikrofonständern – so lieben es nämlich angeblich die zu Hause Gebliebenen. Letztere erleben dann nicht einmal einen Teilausschnitt des tatsächlichen Geschehens, sondern ein national verbrämtes Zerrbild, das zumeist nichts mit den europäischen Vorgängen zu tun hat.

Kommt es dann zum Eklat, nämlich dem Votum der Bürger wie in Frankreich und den Niederlanden – mithin „wir wollen die EU nicht mehr“, dann beweinen dieselben Menschen, die tagtäglich verkleinern, verzerren und trugbildern, dass aus all der nationalen Marktschreierei bei den Konsumenten keine europäische Identität entstünde.

Die Anmaßung

Europa steht aber auch deshalb zum Missbrauch zur Verfügung, weil jene, die es angeht, also die Bürger, schlichtweg über kein Basiswissen verfügen, das eine kritische Einschätzung der Berichterstattung zuließe. Leicht kann man den Eindruck gewinnen, die politisch und medial Beteiligten ließen die Konsumenten in einem diffusen Meer an EU-Information geradezu ertrinken. Davon profitiert die Krone genauso wie der Provinzpolitiker und der Abgeordnete zum Nationalrat.

Um Europapolitik in Österreich zu machen, braucht es so nur ein gerüttelt Maß an Wissens-Anmaßung. Diese Impertinenz zieht sich vom Hohen Haus bis in die höheren Etagen mancher Redaktionsstuben. Gepaart mit der Sucht, dem Leser Sensationen zu bieten, schwappen Unwissen, Fehleinschätzung und wohl auch böse Absicht von leitenden Redakteuren nach Brüssel, zu den dortigen Korrespondenten.

Dito werden Skandale aufgeblasen, die hier zu Lande nicht einmal zu Affären taugen würden. Kommissionspapiere weit jenseits der Gesetzeswerdung werden als das verkauft, was „die EU will“, und jedes heikle Thema



Europäische Zerrbilder

Über die verschobene öffentliche Wahrnehmung der EU und die nicht existierende europäische Verantwortung nationaler Politiker

wird ganz oben auf den Sensations-Baum gehängt, während es in der Entscheidungsphase noch jung und grün ist.

Wem damit gedient ist? Nun, fast allen: Angeblich Exklusives wird abgesetzt, persönliche Eitelkeiten und politische Bedürfnisse werden befriedigt. Übrig und allein bleibt der Konsument. Der wirft frustriert nach dem fünften Aufguss der Eurovignetten – oder der Dienstleistungsrichtlinien-Story das Handtuch und verkriecht sich vor der europäischen Bedrohung, die ihm da vorgegaukelt wird. Mancher Intellektuelle wirft ebenfalls das Handtuch – nur tut er es öffentlich und literarisch mit EU-verfluchenden Essays.

Dass es von Robert Menasse bis zu Hans Christian Strache in diesem Zusammenhang ein so kurzer Weg ist², zeigt, dass auf dem Glatteis der EU-Ignoranz permanente Ausrutschungen stattfinden.

Und die politische EU-Arbeit hier zu Lande? Eine Ansammlung von armseligen Possen: Den österreichischen Parlamentariern gefällt es beispielsweise so gut im Tümpel des Provinziellen, dass sie den Dialog mit den eigenen EU-Parlamentariern verweigern. Lieber betet man die eigene EU-Inkompetenz während so genannter Europatage im Hohen Haus vor sich her.

Anstatt über die europäische Perspektive der Türkei zu diskutieren, bescheidet sich Österreich auf allen Ebenen mit halbrassistischem Gezeter. Bürgermeister fürchten sich vor Moscheen und ein Weihbischof sorgt sich, der Halbmond könnte auf Sankt Stephan aufgepflanzt werden. Nichts fehlt dieser Auseinandersetzung so sehr, wie jene Werte, welche die große Meute angeblich gegen die Türkei verteidigen will: das Erbe des Christentums, der Menschenliebe und der Toleranz gegenüber anderen Kulturen.

Viel Qualität bleibt bei einem solchen Umfeld auch für die offizielle Europa-Werbung nicht übrig. Da streiten sich die Kommentatoren über Kunst oder nicht Kunst von EU-Slips und angeblichen Europapornografien mit einer Inbrunst, die man sich in der Verfassungsdiskussion gewünscht hätte. Hunderttausende Euro fließen in eine „EU-Roadshow“ mit einem hopsenden Schlagersternchen als Verkaufsschlager, veranstaltet auf zumeist menschenleeren Stadtplätzen der Provinz. Die einzig sinnvolle Aktion, „Europa hört zu“, verkommt zur Kummernummer des ganzen absurden Theaters.

Diese Hilflosigkeit und Unfähigkeit schlägt aber wieder auf Europa zurück: Das „Europäertum“ wird heute beinahe schon so belächelt wie sonst das „Gutmenschentum“. So, wie sie früher „politisch korrekt“ waren, sind die meisten Politiker heute nach außen hin auch „überzeugte“ Europäer, dabei kennen viele von ihnen

noch nicht einmal den Unterschied zwischen Europäischem Rat und Europarat.

Dementsprechend schmilzt ihre eherne EU-Überzeugung bei erst bester Stammtischdiskussion dahin, geschwind ersetzt vom üblichen „... die da in Brüssel“-Gesuder.

Doch all diese Schwachstellen wären relativ einfach zu reparieren. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass sich alle Verantwortlichen, Politiker wie Medien, endlich zu ihrer Verantwortung in Europa bekennen. Dann würden sie sehr schnell Wege erkennen, die allen Seiten nützlich wären. Beispielsweise, wie wichtig es ist, ernsthaft über das zu informieren, was das reale Europa tut und wie es funktioniert.

Die höchste Form der Achtung vor jenen, die Europa im täglichen Leben betrifft, also vor den Bürgern, wäre es schließlich, diese Bürger durch Information zu mündigen Europäern zu machen. Damit sie weder populistischen Politikern noch halbinformierten Journalisten noch NGOs auf den Leim gehen und darüber zu abgestumpften, angstgetriebenen Skeptikern werden. Damit auch das Angebot Europas, jenes der offenen Grenzen von Arbeitenden, Studierenden und Reisenden wahrgenommen werden kann.

Nur so, über Bürgerkontakt, ungetrübte Information und den sicheren Gebrauch der europäischen Instrumente und Möglichkeiten kann der Grundstock zu einer europäischen Identität gelegt werden, die mehr ist als bloßes Slogan-Kauderwelsch oder verkramptes Gewühl in der Historienkiste.

Die Identität Europas konstituiert sich im Heute. Es liegt an der heutigen Generation von Politikern, diese Aufgabe anzunehmen und die Zukunft zu entwickeln. Nur so kann Europa seinem Namen entsprechend einen „europos“ darstellen, „einen mit Weitsicht“. Das wäre immerhin mehr, als Europa in seiner Geschichte der Gewalttätigkeit und Zerrissenheit, mit seinen Imperialismen und rassistischen Abwegen bisher zustande gebracht hätte.

Dazu bräuchte es weniger Polit-Gipfel als vielmehr mündige Bürger, die nach Kant ihren freien Willen verantwortungsvoll gebrauchen können. Und hier schließt sich der Kreis ins scheinbar unbedeutende Konkrete. Ein erwachendes Europa fordert informierte Bürger, kompetente Politiker und objektive Vermittler in den Medien und in den Schulen. All dies braucht nicht neu erfunden zu werden.

Oliver Tanzer war langjähriger Korrespondent des ORF in Brüssel und Sprecher im Außenministerium. Er lebt als freier Journalist in Wien und ist Geschäftsführer der Europainformationsagentur EIA.

² Straches FPÖ benutzte EU-kritische Aussagen Menasses im Wiener Gemeinderats Wahlkampf 2005